

Änderungsantrag

der Abgeordneten Sabine Stüber, Heike Hänsel, Dr. Dietmar Bartsch, Eva Bulling-Schröter, Annette Groth, Ralph Lenkert, Dorothée Menzner, Niema Movassat, Dr. Gesine Löttsch, Steffen Bockhahn, Michael Leutert, Roland Claus und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/10200, 17/10202, 17/10823, 17/10824, 17/10825 –**

Entwurf eines Gesetzes

**über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2013
(Haushaltsgesetz 2013)**

hier: Einzelplan 16

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 16 02 wird der neue Titel „Beitrag zum Yasuni Ishpingo Tambococha Tiputini (ITT) Trust Fund“ eingefügt. Der Titelanatz beträgt 40 Mio. Euro, die Verpflichtungsermächtigung für kommende drei Haushaltsjahre beträgt insgesamt 100 Mio. Euro.

Berlin, den 19. November 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Der Yasuni Ishpingo Tambococha Tiputini (ITT) Trust Fund wurde bei den Vereinten Nationen eingerichtet, um Ecuador für Einnahmeausfälle zu entschädigen, die dem Land dadurch entstehen, dass es, wie angekündigt, ein Erdölfeld unter einem Urwaldgebiet mit hoher Biodiversität nicht ausbeutet. Dabei handelt es sich um erhebliche Vorkommen, die 21 Prozent der ecuadorianischen Öl-Reserven entsprechen. Die Hälfte der zu erwartenden Einnahmeverluste sollen über den Fonds ausgeglichen werden. Die Verbindlichkeit des Verzichts auf Ölförderung wurde durch ein entsprechendes ecuadorianisches Gesetz abgesichert.

Mit den Mitteln aus dem Fonds sollen soziale Programme und der Übergang zu einer nicht-fossilen Energieversorgung gefördert werden. Dieser innovative Ansatz, der Klimaschutz und Entwicklung verbindet, wurde lange Zeit von allen Bundestagsfraktionen unterstützt. Die letzte Bundesregierung hatte sich an der Vorbereitung des Fonds beteiligt. Jetzt kommt es darauf an, die Umsetzung in angemessener Höhe zu unterstützen und über die Verpflichtungsermächtigung Planungssicherheit zu gewährleisten.

Deutschland hat sich bisher, trotz vorher gemachter Zusagen, nicht an der Unterstützung für den Fonds beteiligt. Zwar hat die Bundesregierung Ecuador die Unterstützung beim Schutz der Biodiversität, auch in der Region Yasuní, zugesagt. Dafür sollen 24,5 Mio. Euro aufgebracht werden. Diese Vereinbarung erfolgte aber im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit und ersetzt nicht die Beteiligung am Yasuní ITT Trust Fund. Die bisherige Weigerung der Bundesregierung, sich diesem innovativen multilateralen Ansatz, der zugleich ein hohes Maß an Ownership gewährleistet, anzuschließen, ist umso unverständlicher, als die Konstruktion des Fonds von Seiten des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) als besonders solide gelobt wird.